

Jochen Hartloff, MdL

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz

R e d e

**im Rahmen der Aussprache der Fraktionen
zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten**

31. Mai 2006

Übersicht:

A) Die Landtagswahl vom 26. März 2006

1. Das Wahlergebnis
2. Zu den Auswirkungen der Wahl
3. Gründe

B) Würdigung der Regierungserklärung allgemein

C) Schwerpunktthemen

1. Bildung
2. Wirtschaft
3. Bürgergesellschaft

D) Ende

A) Die Landtagswahl vom 26.03.2006

1. Das Wahlergebnis

Die SPD geht als eindeutiger Sieger aus der Wahl hervor. Sie kommt auf einen Anteil der Landesstimmen von 45,6 %. Im Vergleich zur Landtagswahl 2001 steigt der Anteil an den Stimmen um 0,9 Prozentpunkte. Damit erringt die SPD einen historischen Wahlsieg, nämlich ihren bisher größten bei einer Landtagswahl in Rheinland-Pfalz.

Der Stimmenvorsprung der SPD gegenüber der CDU nimmt erneut zu. Die Christdemokraten erhielten das schlechteste Wahlergebnis bei einer rheinland-pfälzischen Landtagswahl.

Das Interesse zu einer Landtagswahl zu gehen war leider in unserem Land noch nie so gering wie bei dieser Wahl. Die Wahlbeteiligung ist im Vergleich zur Landtagswahl 2001 weiter gesunken und zwar um 3,9 Prozentpunkte. Damit liegt die Wahlbeteiligung bei lediglich 58,2 %.

2. Zu den Auswirkungen der Wahl

Der historische Wahlsieg der rheinland-pfälzischen SPD stellt einen überwältigenden Vertrauensvorschluss dar. Wir sind uns bewusst,

dass die absolute Mehrheit, die wir erringen konnten, für uns auch eine große Verantwortung bedeutet. Ich bin in diesem Zusammenhang dem Herrn Ministerpräsidenten sehr dankbar, dass er in der Regierungserklärung deutlich hervorgehoben hat, dass die Regierung einen neuen Aufbruch wagt und es gleichzeitig keinen Bruch mit der bisherigen Politik der Landesregierung geben wird.

Manche mögen ja hoffen oder befürchten, dass eine mit absoluter Mehrheit ausgestattete SPD selbstgefällig wird und deswegen Fehler macht. Ich kann ihnen allen heute schon versichern, dies wird nicht so kommen. Ich freue mich, Herr Kollege Baldauf, dass Sie hier ganz meiner Meinung sind. Wie Sie der Allgemeinen Zeitung am 6. April 2006 verraten haben, sehen auch Sie „keine Anzeichen, dass sich die SPD an dieser Flanke eine Blöße geben könnte“.

Auch mein Dank geht an die Kolleginnen und Kollegen der FDP. Ich danke ihnen für 15 Jahre vertrauensvolle und faire Zusammenarbeit. Dies drückt sich auch im Angebot des Herrn Ministerpräsidenten aus, Brücken zwischen unseren beiden Parteien zu erhalten.

In diesem Zusammenhang darf ich mich auch an Sie, Herr Kollege Böhr, wenden: Ich zolle Ihnen Respekt für Ihren raschen Rücktritt gleich nachdem Ihre Wahlniederlage am Abend des 26. März feststand. Ich danke Ihnen für die gute Zusammenarbeit bei Angelegenheiten, die das Parlament insgesamt betrafen oder die gemeinsames politisches Anliegen von uns Demokraten sind wie z.B. Givat Haviva, die Partnerschaften...

3. Gründe

Die Landtagswahl liegt nun mehr als zwei Monate zurück. Lassen sie mich dennoch etwas innehalten und die Gründe für dieses Wahlergebnis darstellen.

Ein wesentlicher Hauptgrund, warum die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürgern der SPD ihr Vertrauen gab, ist die starke Position, in die SPD-geführte Landesregierungen seit 1991 unser Land gebracht haben. Seitdem die Bild-Zeitung am 21. Juni 2005 titelte „Rheinland-Pfalz ist der große Aufsteiger“ war das Wort vom Aufsteigerland in aller Munde. Zu Recht wie ich und mit mir viele, viele Bürgerinnen und Bürgern meinen:

- Im Wirtschaftswachstum belegt unser Land den hervorragenden zweiten Platz.

- Ebenso in der Exportquote. Unter den Flächenländern belegt Rheinland-Pfalz den ersten Platz.
- Auch die Arbeitslosenquote, obwohl sie natürlich immer noch viel zu hoch ist, liegt bei uns niedriger als in den allermeisten anderen deutschen Bundesländern. Rheinland-Pfalz liegt im Ländervergleich weiterhin an drittbesten Stelle.
- Die Investitionsquote im Land ist überdurchschnittlich.
- Experten bescheinigen uns, unsere Verkehrsinfrastruktur sei überdurchschnittlich gut ausgebaut.
- Was die Kindergartenbetreuung angeht, liegen wir an der Spitze der westdeutschen Bundesländer.
- Bekannterweise belegen wir bei den Ganztagschulen schon seit vielen Jahren die Vorreiterrolle in Deutschland.
- Der Ausgabenanstieg seit 2000 liegt niedriger als in allen anderen westlichen Flächenländern. Er liegt bei uns bei 1,9 Prozent. In den CDU-geführten Musterländern Baden-Württemberg und Hessen liegt er bei 3,5 bzw. 6,0 Prozent.
- Die Aufklärungsquote betrug 2005 61,3 Prozent, das beste Ergebnis, das je in unserem Land verzeichnet werden konnte.

Diese Aufzählung von Spitzenplätzen lässt sich fortführen.

Alle diese Spitzenstellungen verliehen unserem Land den Titel „Aufsteigerland“. Seit 1991 sind wir durchmarschiert vom Mittelfeld hin zur Spitze der deutschen Bundesländer. Die Bürgerinnen und Bürger haben dies honoriert und auf die gute Arbeit der Regierung zurückgeführt. Sie sahen keinen Grund, einer anderen Partei die Regierungsaufgabe zu übertragen.

Herr Böhr, sie selbst wurden einmal gefragt, welche Fehler die Regierung Beck gemacht habe und antworteten dem Mannheimer Morgen in der Ausgabe vom 10. März 2006: „Eigentlich keine“.

Lassen sie mich kurz darüber sprechen, wo Gründe für den Misserfolg der CDU bei der Landtagswahl liegen. In vielen Situationen haben Sie versucht, die Erfolge, die wir in Rheinland-Pfalz erzielt haben und die nur mit der Anstrengung der Bürgerinnen und Bürger erzielt werden konnten, schlecht zu reden und die Situation im Land in schwarzen Farben geschildert. Was die CDU vollkommen übersah, war, dass sie damit die Arbeit aller Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer der letzten Jahre mies machte. Denn die dargestellten Erfolge sind die Erfolge der Bürgerinnen und Bürger da draußen auf der Straße. *Sie* machten den beeindruckenden Aufstieg möglich.

Im Wahlkampf haben Sie wiederum Versprechungen gemacht, welchen die Bürgerinnen und Bürger keinen Glauben schenken konnten, weil sie nicht finanzierbar waren. Zum Beispiel: Die Forderungen aus dem CDU-Wahlprogramm, sie wären nicht zu verantworten gewesen. Alleine die laufenden Belastungen hieraus hätten rund 430 Millionen Euro pro Jahr betragen. Hinzu kämen Übergangskosten durch die Einführung der Schulpflicht für Fünfjährige und des achtjährigen Gymnasiums von insgesamt rund 2 Milliarden Euro. Die 800 neuen Polizisten, die die CDU forderte, hätten 51,2 Millionen Euro gekostet, 900 neue Lehrer 55,98 Millionen Euro und so weiter und so weiter. Ich bin froh, dass die Wählerinnen und Wähler dies erkannt haben, sie sind nämlich schlauer als Sie denken.

Herr Baldauf, angesprochen auf die dramatischen Verluste der CDU antworteten sie der Rhein-Zeitung: „Es ist offensichtlich nicht gelungen die richtigen Themen den Menschen zu vermitteln“ (Rhein-Zeitung, 03. Mai 2006). Ja, da haben sie recht. Asylbewerber gegen Deutsche auszuspielen, ist tatsächlich nicht „das richtige Thema“. Herr Hörter, ich bleibe dabei, ihr Auftritt am 15. Februar dieses Jahres, genau an dieser Stelle, war peinlich für dieses Haus.

Nun, die CDU-Fraktion hat einen neuen Vorsitzenden und eine neue Führungsriege. Wie lange der Burgfrieden halten wird, mag dahingestellt sein. Herr Baldauf, Sie selbst offenbarten uns einen Einblick in Ihre Mannschaftsaufstellung: Auf 30 Mitglieder können Sie sich verlassen, „sechs rudern in die andere Richtung, zwei schlafen noch“ (Rheinpfalz, 26. Mai 2006). Herr Baldauf, unsere Aufstellung steht: Hier stehen 53 Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion geschlossen hinter der Regierung unter der Führung von Kurt Beck.

B) Würdigung der Regierungserklärung allgemein

Herr Ministerpräsident, ich bin ihnen sehr dankbar, dass die Landesregierung einen neuen Aufbruch in Angriff nehmen will. Eine Partei, die nach 15-jähriger Führung der Landesregierung Landtagswahlen mit absoluter Mehrheit gewinnt, könnte es sich leicht machen und sich auf den Lorbeeren der letzten Jahre ausruhen. Aber das tut die Landesregierung nicht. „Wir lamentieren nicht, wir handeln“ ist ein gutes Motto für die nächsten Jahre. Herr Ministerpräsident, sie nehmen mit ihrer Landesregierung die Zukunft ins Visier, die Zukunft unserer Kinder. Sie wollen Rheinland-Pfalz als lebenswertes Land mit aktiven und lebensbejahenden Menschen in die Zukunft führen und vertreten das klare Leitbild, den wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Erfolg mit sozialer Gerechtigkeit und

ökologischer Vernunft zu verbinden. Dieses Bekenntnis zieht sich wie ein roter Faden durch die Regierungserklärung.

Die Landesregierung handelt verantwortlich gegenüber zukünftigen Generationen von Bürgerinnen und Bürgern in Rheinland-Pfalz. Sie verliert die Senkung der Neuverschuldung nicht aus dem Auge. Schon im Jahr 2005 hatten wir die geringste Steigerung der Ausgaben im Ländervergleich. Schritte wie die geplante Absenkung der Bezahlung der künftigen Berufsanfänger bei den Beamten und Richtern sind nicht einfach, dienen aber im Interesse unserer Kinder der Senkung der Neuverschuldung. Der Schritt ist finanzpolitisch notwendig, um politische Schwerpunkte setzen zu können. Dass es für die Laufbahnen des mittleren und einfachen Dienstes bei der bisherigen Eingangsbezahlung bleibt, federt das Vorhaben sozial ab. Allen Kritikern dieses Vorhabens möchte ich die Maßnahmen vor Augen führen, die andere Bundesländer durchführen bzw. planen: ...

In der Politik ist viel von Leuchttürmen die Rede, die Landesregierung will unser Land zu einem Leuchtturm machen, zu einem Leuchtturm der wirtschaftlichen Prosperität, zu einem Leuchtturm für junge Familien und zu einem Leuchtturm, was die Chancen des uns allen betreffenden demografischen Wandels betrifft. Herr Ministerpräsident, Grundlage Ihrer gestrigen Regierungserklärung ist das

„Regierungsprogramm 2006 bis 2011“ der SPD Rheinland-Pfalz. Ihre Regierungserklärung beweist, dass ein Gemeinwesen trotz knapper Mittel handlungsfähig sein und eindeutige politische Akzente setzen kann. Das, was wir vor der Wahl versprochen haben, werden wir mit dem Regierungsprogramm einhalten.

C) Schwerpunktthemen

Lassen sie mich auf drei Bereiche der Regierungserklärung näher eingehen. Es sind die Themen Bildung, Wirtschaft und Bürgergesellschaft.

1. Bildung

Bildung ist der Grundstein für alles. Diese sozialdemokratische Grundüberzeugung ist mittlerweile Konsens in unserer Gesellschaft. Bildung hat in Rheinland-Pfalz höchste Priorität. Das ist gut für die Menschen und für die Gesellschaft. Bildung ist das wichtigste Gut, dass wir jungen Menschen mit auf den Weg geben können. Sie sichert individuelle Entfaltung, gesellschaftliche Teilhabe und demokratische Mitwirkung. Für uns Sozialdemokraten ist Chancengleichheit unverrückbarer Bestandteil der Bildungspolitik.

Das Programm „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an!“ setzt schon jetzt Maßstäbe in der Bundesrepublik. Herr

Ministerpräsident, die SPD-Landtagsfraktion wird sie bei der geplanten Beitragsfreistellung des Kindergartenbesuchs bis 2010 unterstützen: Schon im Kindergarten wird der Grundstein gelegt für eine gute Schulbildung. Defizite in diesen frühen Entwicklungsjahren können nur schwer wieder aufgeholt werden. Die Eltern können frei entscheiden, ob sie ihre Kinder in den Kindergarten geben. Es soll jedoch nicht am Geldbeutel der Eltern hängen, dass die Kinder nicht in den Kindergarten gehen können. Der beitragsfreie Kindergarten dient auch der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt die Schaffung von 240 neuen Lehrerstellen im Jahr 2007 und weiteren 220 im Jahr 2008. So wird sichergestellt, dass unsere Kinder ein Höchstmaß an individueller Betreuung und Lehrqualität erfahren.

Herr Ministerpräsident, Ihr Bekenntnis zu wohnortnahen Grundschulen setzten sie unter das schöne Motto „Kurze Beine - kurze Wege!“. Das ist nicht nur gut für Kinder und Eltern, sondern auch für die Gemeinden, weil Kindergärten und Schulen wichtige gemeinschaftsstiftende Einrichtungen sind. Unser Ziel muss deswegen sein, trotz der demografischen Veränderung wohnortnahe Schulen weiterzuentwickeln.

Mit neidischen Augen blicken andere Bundesländer auf unsere Ganztagschulen. Auf unsere 360 rheinland-pfälzischen Ganztagschulen können wir stolz sein. Sie sind ein Meilenstein für gute Betreuung und einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Herr Ministerpräsident, 200 weitere Ganztagschulen im Land beweisen einmal mehr, welche Stellung als Leuchtturm Rheinland-Pfalz – nicht nur im Bildungsbereich – mittlerweile einnimmt. Martin Luther hat einmal gesagt: „Wenn die Schulen zunehmen, dann steht ´s wohl im Land.“ Luther hätte wohl seine Freude an unserem Land...

In unserer reichen Gesellschaft, ist es tatsächlich ein Skandal, dass es Kinder gibt, die aus finanziellen Gründen nicht mit den anderen Kindern Mittagessen können. Deshalb ist der Sozialfond für das Mittagessen von 1 Million Euro zum kommenden Schuljahr ein Schritt auch für eine menschlichere Gesellschaft. Ich möchte in keinem Land leben, in dem sich der Unterschied zwischen arm und reich schon am Schul-Mittagstisch zeigt. Die Rendite dieser Million lässt sich nicht in Euro messen, aber im Selbstwertgefühl der Kinder.

Auch die Erhöhung der Mittel für die Lernmittelfreiheit ab 2007 um 50 Prozent, das sind rund 4,4 Millionen Euro zusätzlich pro Jahr, unterstützt gezielt sozial schwächere Familien.

Der freie Zugang zur Hochschule ist für uns Sozialdemokraten hart erkämpfter Bestandteil der Chancengleichheit in unserer Gesellschaft. In Ihrer Regierungserklärung bekennen Sie sich, Herr Ministerpräsident, eindeutig zum gebührenfreien Erststudium auf der Basis von Studienkonten. Wer begabt ist, muss studieren können und zwar unabhängig vom Geldbeutel der Eltern! Studiengebühren schrecken vor allem Kinder aus einkommensschwachen Familien vom Studium ab. Das können und wollen wir uns nicht leisten. Mit dieser Grundentscheidung für ein gebührenfreies Erststudium geht auch einher, dass für die Finanzierung des Studienplatzes dasjenige Land aufkommen muss, aus dem die Studierenden kommen, und nicht dasjenige, das Studienplätze stellt.

Mit einem Investitionsvolumen von insgesamt ca. 330 Millionen Euro für den Hochschulbau ist unser Land auf dem richtigen Weg. Wir investieren damit in die Zukunftsressource Bildung.

2. Wirtschaft

Wir brauchen mehr Arbeitsplätze. Wirtschaft schafft Arbeitsplätze. Viel Wirtschaft schafft viele Arbeitsplätze. Mit dieser zugegebenermaßen etwas vereinfachenden Formel möchte ich deutliche machen, worum es uns geht. Wir wollen eine starke pulsierende Wirtschaft in den Dienst der Gesellschaft stellen. Unsere Gesellschaft ist auf eine starke Wirtschaft angewiesen, sie schafft Werte, die uns allen zugute kommen. Bei uns in Rheinland-Pfalz arbeiten Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften partnerschaftlich und respektvoll zusammen. Probleme, die es durchaus auch einmal gibt, werden gemeinsam angegangen und tragfähige Lösungen erarbeitet. Entscheidende Grundlage für die Wirtschaftskraft unseres Landes sind insbesondere die mittelständigen Unternehmen. Deshalb begrüßen wir die Impulse, welche Sie, Herr Ministerpräsident, für den Mittelstand angekündigt haben. Man erkennt daran, dass dieser Mittelstand in der Landesregierung auch weiterhin einen verlässlichen und verständnisvollen Partner hat.

- Unter den Flächenländern ist Rheinland-Pfalz das Exportland Nr. 1.
- Die Zahl der Erwerbstätigen ist nirgends in Deutschland so stark gestiegen wie hier. Mit einer Erwerbstätigenquote von

68 Prozent besetzen wir den drittbesten Platz im Ländervergleich.

- Die aktuelle Arbeitslosenstatistik von heute weist einen Rückgang der Arbeitslosigkeit auf *8,0%* im Landesdurchschnitt aus. Dies sind *0,8* Prozentpunkte weniger als im gleichen Monat des Vorjahres.

Ob die Wirtschaft blüht oder stagniert, wird durch viele Rahmenbedingungen beeinflusst. Wir als Land sind nur ein Akteur auf dieser Bühne. Faktoren wie die Besteuerung der Unternehmen, die Qualität internationaler Handelsabkommen oder den Wettbewerb können wir nicht steuern. Einfluss nehmen können wir auf Rahmenbedingungen. Zum Beispiel: Wie ist unsere Region angeschlossen? Gibt es langfristig Energie zu erschwinglichen Preisen? Halten die Kommunikationsmöglichkeiten den Anforderungen der Zukunft stand? Hat die Nachwuchsförderung und die Forschung im Land eine Heimat? Hemmen unnötige Verwaltungsvorschriften die Wirtschaft? All diese Faktoren können wir in Rheinland-Pfalz steuern. Wir halten die Entwicklung unserer Wirtschaft zu einem nicht geringen Teil insoweit in unseren Händen. Es bedarf der Anstrengung aller Beteiligten, der Kommunen, des Landes, des Bundes und auch der EU. Wir gestalten die Bedingungen in Rheinland-Pfalz auch weiter so, dass

unsere Wirtschaft an der Spitze bleibt und innovative Felder besetzt werden können.

Herr Ministerpräsident, Ziel der Landesregierung ist, die wirtschaftliche Erfolgsgeschichte unseres Landes fortzusetzen. Eine Milliarde Euro wird für neue Impulse in Wissenschaft, Infrastruktur und Wirtschaft sorgen. Sie wollen unser Land zu einem „Land des modernen Mittelstandes“ machen und starten eine Technologieoffensive. Die besondere Förderung des Mittelstandes ist genau richtig. In unserem Land ist es vor allen der Mittelstand, der Produktivkraft besitzt und Arbeitsplätze vorhält.

Wichtig ist eine ausgewogene Wirtschaftsförderung. Der ländliche Raum genauso wie unsere Städte bieten Raum für innovatives Wirtschaften. Nötig sind passgenaue Lösungen. Unsere Regionen dürfen wir nicht alle über einen Kamm scheren, vieles, was in den Städten passt, funktioniert auf dem Land nicht – und umgekehrt. Wir werden wir darauf achten, dass in unserem eher ländlich geprägten Bundesland der ländliche Raum wirtschaftlich nicht „unter die Räder gerät“ und lediglich dem Wohnen sondern auch dem Arbeiten dient.

Eine wichtige Rahmenbedingung für eine blühende Wirtschaft ist Energie. Als Staat müssen wir gewährleisten, dass Energie in ausreichender Menge und zu einem erschwinglichen Preis vorhanden ist. Wir alle wissen, wir müssen weg vom Öl und anderen nicht erneuerbaren Energiequellen. Unsere klimaverträgliche, nachhaltige Energiepolitik in Rheinland-Pfalz zeigt Erfolge. Mittlerweile beträgt etwa der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromproduktion in Rheinland-Pfalz 30 Prozent. Die Hinwendung zu alternativen Energiequellen eröffnet unserem Land enorme wirtschaftliche Chancen: Anstrengungen und Investitionen auf diesem Gebiet versprechen rheinland-pfälzischen Firmen und Forschungseinrichtungen einen Zugang zu diesem Megamarkt der Zukunft.

Wichtig in diesem Zusammenhang ist auch die Schaffung einer zukunftsfähigen Verkehrsinfrastruktur. Auf diesem Gebiet wurde bisher bereits vieles getan. Doch wir dürfen nicht locker lassen. Die Investitionsmilliarde, die zur Hälfte in die Verkehrsinfrastruktur fließt, ist richtig angelegt. Sie stellt sicher, dass unser Land auch weiterhin gut angeschlossen ist und dass es aus seiner Lage in der Mitte Europas auch seinen Nutzen ziehen kann.

Unsere Spitzenplätze in bundesdeutschen Vergleich sind umso höher zu bewerten, da Rheinland-Pfalz wie kein anderes Bundesland vom Abzug der Truppen betroffen ist. Die Landesregierung ist die enorme Herausforderung energisch angegangen und hat als einzige ein spezielles Konversionsprogramm aufgelegt. So wurden seit 1991 insgesamt mehr als eine Milliarde Euro in Konversionsprojekte investiert, mit deren Hilfe über 30.000 neue Arbeitsplätze geschaffen wurden. Mit dem Hahn verfügt unser Land über das bundesweit erfolgreichste Konversionsprojekt. Bei fast drei Millionen Passagieren pro Jahr gehört der Flughafen zu den Top 10 der größten und bedeutendsten Verkehrsflughäfen. Vom vierspurigen Ausbau der B50, der Reaktivierung der Hunsrückbahn und dem Bau des Hochmoselübergangs wird der Flughafen und die rings um ihn bis jetzt schon angesiedelte Wirtschaft sicher im großen Maße profitieren. „Wir lamentieren nicht, wir handeln“ ...

Wie Sie sehen, wollen wir die Weichen auch in Zukunft so stellen, dass unser Land seinen erfolgreichen Weg fortsetzen kann und das „Aufsteigerland“ in Deutschland bleibt.

Aber bei allem Aufschwung brauchen die von Arbeitslosigkeit besonders stark betroffenen Gruppen auch weiterhin unsere

Unterstützung. Wir müssen feststellen, dass auch bei einem wirtschaftlichen Aufschwung Geringqualifizierte, Ältere und am Rand Stehende keine Arbeitsstellen finden. Deshalb ist eine Initiative wie „Neue Chancen: 6.000 plus für Jung und Alt“ sinnvoll und notwendig. Dass die neue Landesregierung die Initiative auch in Zukunft fortsetzen und ausweiten will, zeigt, dass sie auch weiterhin auf eine aktive Arbeitsmarktpolitik setzt, um den Menschen die Integration in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen und mit beruflichen Qualifikation und Weiterbildung neue Berufsperspektiven zu schaffen. Meine Kollegin Marianne Grosse wird auf die Frage des Arbeitsmarktes und der Ausbildung nachher in ihrem Beitrag weiter eingehen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch kurz auf die aktuelle Diskussion um das ALG 2 und Hartz IV eingehen – welche schiefe Namen für so existenzielle Transferleistungen des Staates an Teile seiner Bürger. Da diese Leistungen auch die Würde des Menschen betreffen, sollte man wirklich andere Begriffe dafür benutzen als technokratische Abkürzungen und römische Zahlen. In der Diskussion wird immer davon ausgegangen, dass die Zahl der Anspruchnehmer schon zurückgehen werde, wenn die Leistungen nur noch kräftiger heruntergefahren würden. Führen wir uns vor Augen, welches Menschenbild diesem Schluss zugrunde

liegt: Die meisten Bezieher von solchen Leistungen sind faul, man müsse nur die Höhe staatlicher Leistungen senken, dann kümmern sich diese Leute schon um Arbeit. Hier wird Ursache und Wirkung vertauscht. Der allergrößte Teil der Arbeitslosen ist arbeitslos, weil er keine Arbeit findet und nicht weil er keine Arbeit will. Das sollte Grundlage aller unserer Überlegungen zu diesem Thema sein. Dass Gesetze in diesem Bereich verändert werden müssen, weil sie Missbrauch ermöglichen und damit große Summen fehlgeleitet werden, gehört allerdings zur Wahrheit dazu wie auch die Tatsache, dass sich manch bürokratischer Exzess im Bereich der Verwaltung von Arbeitslosigkeit abzuspielen scheint. Hier müssen wir auch auf Bundesebene an Verbesserungen mitarbeiten.

3. Bürgergesellschaft

Das Einstehen der Generationen für einander, der Gesunden für die Kranken, die Reichen für die Armen, die gleichberechtigte Teilhabe unabhängig von Herkunft, Status, Gesundheit, Alter und Geschlecht sind für uns selbstverständliche Grundlagen unseres Zusammenlebens.

Dieses System wird täglich aufs Neue auf die Probe gestellt. Eine der größten Herausforderungen für unsere Gesellschaft ist der

demographische Wandel: Das Älterwerden der Gesellschaft und das Fehlen der Kinder. Wir sollten diese Situation nicht verteufeln. Wir sollten uns vielmehr glücklich schätzen, dass wir alle die Chance haben, älter zu werden als es sich unsere Vorfahren zu träumen wagten. Welch ein Geschenk! Natürlich ist es eine neue Situation mit der wir erst umgehen müssen, aber sie ist eine große Chance für alle und ich bin dankbar, Herr Ministerpräsident, dass Sie das gestern auch klar hervorgehoben haben. Im demographischen Wandel liegt auch die Chance, dass wir mehr *miteinander* Leben als nur *nebeneinander*, das wir mehr als bisher füreinander da sind.

Wir wollen deshalb den veränderten Aufbau der Gesellschaft nutzen, um neue Formen des solidarischen Zusammenlebens und des ehrenamtlichen Engagement zu fördern. Unser Land wäre ärmer, wenn sich nicht tausende von Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern in Vereinen, im Sport, in den Kirchen, in Religionsgemeinschaften, bei den Rettungsdiensten etc. engagieren würden. Ihnen gilt unseren Respekt und unsere Anerkennung. Die Landesregierung hat schon bisher viel für das Ehrenamt und seine gesellschaftliche Anerkennung getan. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die seit Anfang 2004 bestehende Sammelhaftpflicht- und Sammelunfallversicherung für

Ehrenamtliche in Rheinland-Pfalz. Diesen Weg setzen wir fort. Das ehrenamtliche Engagement und der freiwillige Einsatz für die Gemeinschaft sind unverzichtbare Basis einer Bürgergesellschaft. Es ist glaubwürdig, Herr Ministerpräsident, wenn sie sagen, das Modell der Bürgergesellschaft ist der Landesregierung eine Herzensangelegenheit. Die Bürger merken das. Wir gestalten Politik nicht gegen, sondern mit den Bürgerinnen und Bürgern ...

Die Frauenpolitik ist für die Landesregierung ein zentrales Politikfeld. Viele einzelne Maßnahmen verbessern die Lebenssituation von Frauen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist da ein wichtiges Schlagwort. Ich nenne da nur die Ganztagschulen, das Programm „Zukunftschancen Kinder“ und das Konzept der vollen Halbtagschule.

Die Qualität einer Gesellschaft misst sich meines Erachtens daran, wie sie mit den Menschen umgeht, die am Rande stehen, vielleicht Außenseiter oder Fremde sind. Werden Menschen an den Rand gedrängt oder werden sie aufgenommen in die Gesellschaft als Ganzes? In der Bürgergesellschaft, die wir anstreben, soll es keine Ausgegrenzten geben. Deshalb sind die Ausführungen in der Regierungserklärung zu den Fragen der Integration so wichtig für die Weiterentwicklung einer Bürgergesellschaft ...

Menschen mit Behinderungen sind Teil unserer Bürgergesellschaft. Die Leitsätze die Sie uns gestern geschildert haben von Teilhabe, Gleichstellung und Selbstbestimmung sind gute Leitsätze. Es gilt jedoch, diese Leitsätze auf allen Ebenen, in jeder Stadt, in jedem Dorf mit Leben zu füllen.

D) Ende

In 15 Jahren sozialdemokratischer Regierungsverantwortung ist unser Land gut vorangekommen. In erster Linie liegt das an der Schaffenskraft der Bürgerinnen und Bürger. Es liegt aber auch an der kraftvollen und umsichtigen Politik der Landesregierung.

Unser Land belegt Spitzenpositionen in Deutschland. Wer hätte das vor ein paar Jahrzehnten noch gedacht? Wir können auf das Geleistete stolz sein, dürfen uns aber nicht auf den Lorbeeren ausruhen. Es muss voran gehen in unserem Land, das ist die Erwartung der Bürgerinnen und Bürger. Große Aufgaben liegen noch vor uns und wir haben noch viel vor. Vor uns liegen die Jahrhundertherausforderungen des demokratischen Wandels, der Globalisierung und der weltweiten Migration. Aber mir ist nicht bang um unser Land.

Lassen Sie mich Karl Kardinal Lehmann zitieren, der bei der Predigt anlässlich des Gottesdienstes zu seinem 70. Geburtstag sagte: „Vor so viel Gunst und Gnade entsteht in unserem Leben das, was ich gerne mit dem Wort Zuversicht bezeichnen möchte. Sie rührt davon her, dass es uns trotz mancher Schicksalsschläge bisher gut gegangen ist. Zuversicht ist mehr als Hoffnung. Sie ist auch viel mehr als ein bloßer Optimismus. Es ist eine intensive, gestärkte, begründete Hoffnung. Dies schafft Vertrauen und Gewissheit, dass wir auch in Zukunft diese gnädige Unterstützung und Begleitung erfahren dürfen.“

Der Ministerpräsident hat seine Regierungsplanung für die nächsten fünf Jahre vorgelegt. Die Landesregierung geht einen guten Weg, auf diesem Weg wird sie die SPD-Landtagsfraktion unterstützen.

Vielen Dank!